

Echte Lokalzeitungen statt «Käseblätter»

Leitartikel



Benjamin Rothschild
Stellvertretender
Chefredaktor

In der Glattal-Region herrscht medienpolitische Aufregung: In Volketswil wird am Freitag über eine neue Gemeindepublikation abgestimmt. Der Volketswiler Gemeinderat ist mit dem aktuellen amtlichen Publikationsorgan, dem «Volketswiler», unzufrieden und hat den Produktionsauftrag neu ausgeschrieben. Und auch in Dübendorf rumort es: Mehrere politische Parteien haben dort ein Postulat eingereicht, das den Stadtrat auffordert, das amtliche Publikationsorgan neu auszuschreiben. Der «Glattaler», das heutige Publikationsorgan, steht in der Kritik. Beide Wochenzeitungen gehören der Zürcher Oberland Medien AG, die auch diese Zeitung herausgibt.

Seit diesem Jahr ist es den Gemeinden freigestellt, ihre amtlichen Informationen nur noch digital zu publizieren. Die Pflicht zur Publikation in einem Printorgan besteht nicht mehr. Gerade den Lokalmedien droht damit ein wichtiger Einnahmezweig wegzubrechen.

Im Glattal haben Behörden- und Parteivertreter diese Praxisänderung zum Anlass genommen, ihre Vorstellungen und Ansprüche an amtliche Publikationsorgane durchzusetzen – und Druck auszuüben. Sollen Medienhäuser weiterhin mit der Publikation von amtlichen Mitteilungen betraut werden, so sollen diese mehr leisten, als lediglich die ursprüngliche Vereinbarung zu erfüllen. Diese lautete: Die Gemeinden erhalten Inseraterraum für amtliche Mitteilungen, die Medienhäuser werden für diese Dienstleistung entschädigt.

Im Glattal will man nun auch verbindlich in redaktionellen Belangen mitreden: Dübendorfer Parteien wollen ihre Mitteilungen im Sinne eines Automatismus im Blatt publiziert sehen – ohne dafür Entgelt zu entrichten. Auch für Leserbriefe

soll es so etwas wie einen Publikationsanspruch geben – egal, wie lang diese sind, und egal, ob sie sich auf kommunale, kantonale oder eidgenössische Themen beziehen. Die Lokalzeitung soll zu einer Art Verlautbarungsorgan der politischen Parteien werden.

In Volketswil soll für die neu geplante Gemeindezeitung gar ein sogenannter Lenkungsausschuss geschaffen werden. In diesem sollen unter anderen Vertreter von Behörden, Parteien und Interessengruppen vertreten sein. Das Gremium hat die Aufgabe, die Einhaltung des redaktionellen Konzepts zu überwachen.

Die Konsequenzen solcher Forderungen sind weitreichend, kommen sie doch einem Eingriff in die publizistische Freiheit der Redaktionen gleich. Denn wird eine Redaktion zur Publikation bestimmter Inhalte – wie zum Beispiel Firmenbesichtigungen durch Ortsparteien – verpflichtet, bedeutet dies eine Bindung von redaktionellen Ressourcen. Ressourcen, die in den unter Spardruck stehenden Medienhäusern knapp bemessen sind und die dann für andere Aufgaben fehlen – zum Beispiel für kritische Hintergrundberichte.

Bei einem Lenkungsausschuss à la Volketswil ist die Problematik noch offenkundiger: Missliebige Inhalte könnten von diesem im Voraus verhindert werden. Ein derartiges Gremium hat im Streitfall die Wirkung einer Zensurbehörde.

Es ist legitim, dass Gemeinden über kostengünstigere Wege der amtlichen Publikation nachdenken. Für die öffentliche Hand besteht keine Pflicht zur staatlichen Medienförderung.

Wenn aber die Verfügungsmacht über die Amtlichen und damit über den Geld-

hahn in die Waagschale geworfen wird, um unabhängige Publikationen «auf Kurs» zu bringen, ist dies aus medien- und demokratiepolitischer Sicht fragwürdig – ob jetzt Exekutivbehörden hinter einem solchen Vorgehen stehen oder Parteivertreter.

Dass sich in den Gemeinden einige Vereine den politischen Druckversuchen anschliessen, macht die Sache nicht weniger problematisch. Auch sie sind mitunter unzufrieden, wenn ihre eingesandten Mitteilungen einmal nicht oder in gekürzter Form in der Lokalzeitung erscheinen. Nun werden sie von Amtsträgern und Politikern mit der Aussicht geködert, dass ihre Anliegen in einer neuen, von Behörden oder Parteien kontrollierten Publikation stets und lückenlos Eingang finden werden.

So wichtig die Vereine (wie auch die Parteien und die politischen Gremien) für das Funktionieren einer Gemeinde auch sind: Den Interessen der Bürger ist nicht gedient, wenn eine Lokalzeitung in erster Linie darauf bedacht ist, jede Mitteilung, die ihr zugesandt wird, irgendwo im Blatt unterzubringen und möglichst im Wortlaut zu veröffentlichen. Das Abbilden des gesellschaftlichen Lebens in der Gemeinde ist eine wichtige Aufgabe einer Lokalzeitung, die einzige ist sie nicht. Wenn jede Partei ihre Standaktion ankündigt und jeder Verein sich wöchentlich in der Zeitung auf einem Foto wiederfindet, mag dies die jeweils abgebildeten Interessengruppen zufriedenstellen, aber kaum die breite Leserschaft.

Denn werden die redaktionellen Ressourcen derart eingesetzt, ist das Produkt keine kritische und unabhängige Lokalzeitung mehr – sondern lediglich das, was man gemeinhin als «Käseblatt» bezeichnet.

Schule zieht Traktandum zurück

VOLKETSUIL Während die Schule Volketswil schwarze Zahlen schreibt, konnte die Politische Gemeinde ihr Minus in der Jahresrechnung zumindest schmälern. An der Gemeindeversammlung werden aber andere Themen mehr zu diskutieren geben.

Am Freitag hätte der Souverän an der Volketswiler Schulgemeindeversammlung über die Revision der Schulgemeindeordnung beraten sollen. Doch nun hat die Schulpflege das Geschäft zurückgezogen. «Der Widerstand war sehr gross, vor allem von der RPK», sagt Schulpräsidentin Rosmarie Quadranti (BDP). Hauptkritikpunkte: Die Schulpflege wollte die vorberatende Schulgemeindeversammlung durch eine Informationsveranstaltung ersetzen und keine Geschäftsprüfungskommission einführen. «Uns vorzuwerfen, die neue Schulordnung sei ein Schnellschuss und habe keine saubere Rechtsgrundlage, ist einfach an den Haaren herbeigezogen», sagt Quadranti. Man habe die Ordnung auf die neue Legislatur hin für die neu gewählten Schulpfleger vorbereitet wollen. «Nun müssen sie sich dennoch damit auseinandersetzen. Als abtretende Schulpfleger noch gross darüber zu diskutieren, bringt nicht viel.»

Weiter steht die Genehmigung der Jahresrechnung 2017 an. Diese schliesst bei einem Aufwand von rund 42,87 Millionen und einem Ertrag von rund 43,75 Millionen mit einem Plus von rund 880'000 Franken ab. Dies ist ein um rund 2,13 Millionen besseres Ergebnis als budgetiert. Weiter steht die Bauabrechnung über die Erweiterung des Schulhauses in der Höh auf dem Programm. Der Kostenvoranschlag in Höhe von rund 24,84 Millionen Franken konnte um rund 470'000 Franken unterschritten werden.

Teurer «Volketswiler»

Bevor die Volketswiler über diese Geschäfte abstimmen, steht die Gemeindeversammlung an. Das am heissesten diskutierte Traktandum ist die Neuvergabe des amtlichen Publikationsorgans. Heute ist die Zürcher Oberland Medien AG für die Produktion des «Volketswilers» verantwortlich. Der Gemeinderat ist mit der Zeitung aber nicht mehr zufrieden. Er hat das amtliche Publikationsorgan neu ausgeschrieben.

Den Zuschlag hat die Zürcher Lokalinfo AG erhalten. Die Kosten betragen 180'000 Franken pro Jahr, dazu kommen Initialkosten von 40'000 Franken. Die redaktionelle Hoheit soll ab dem 1. Januar bei einem Redaktionsausschuss liegen, weiter geplant ist eine Online-Plattform. Dafür soll die gedruckte Zeitung nur noch alle 14 Tage verteilt werden. Sollte das Geschäft abgelehnt werden, läuft der Vertrag mit einer unabhängigen Redaktion weiter, und der «Volketswiler» erscheint wöchentlich zum bisherigen Preis von 165'000 Franken.

Weiter steht die Genehmigung der Rechnung 2017 der Politischen Gemeinde auf dem Programm. Diese schliesst bei einem Aufwand von rund 56,59 Millionen und einem Ertrag von rund 55,19 Millionen mit einem Minus von rund 1,4 Millionen Franken. Das ist ein um 3,14 Millionen Franken besseres Resultat als budgetiert. Als zweites Geschäft steht die Genehmigung der Bauabrechnung der Innensanierung des Parkhotels Wallberg an und als letztes Geschäft die Wahl des Wahlbüros für die Amtsdauer 2018 bis 2022. *zo*

Kirchenpflege neu gewählt

USTER/VOLKETSUIL An der Versammlung der Katholischen Kirchgemeinde Uster vom Dienstag, 29. Mai, wurde die Jahresrechnung 2017 genehmigt. Zudem wurden Hella und Gregor Sodies als Pfarreibeauftragte in der Pfarrei Greifensee für die Legislatur 2018 bis 2022 gewählt.

Die Wahl des Kirchenpflegepräsidenten fiel auf den Ustermer Fredi Rechsteiner. In die Kirchenpflege wurden ferner Daniela Baumann, Bea Eggenberger, Ursula Koller, Yvonne Lichtensteiger, Werner Reist, Fermo Roth, Jeannette Sutter und Laurent von Rotz als Mitglieder gewählt. Ausserdem wurden in die Rechnungsprüfungskommission (RPK) Urs Herrmann, Alfons Solér, Kurt Tschopp sowie Othmar Züger gewählt. Der Volketswiler Jean-Philippe Pinto schliesslich fungiert als Präsident der RPK. Dies berichtete die Kirchenpflege in einer Mitteilung. *zo*

In Kürze

FÄLLANDEN

Versammlung der Reformierten Kirche

Am Sonntag, 17. Juni, findet um 10.45 Uhr in der Kirche Fällanden die Versammlung der Evangelisch-reformierten Kirchgemeinde statt. Eingeladen sind alle Stimmberechtigten der Kirchgemeinde. Im Anschluss gibt es eine Information über das alte Schulhaus und das Kirchenareal sowie eine Aussprache über das kirchliche Leben in der Gemeinde. *zo*



Die Esslinger Tierschutzorganisation Netap und die Stiftung Tier im Recht wollen, dass sich Katzen nicht mehr unkontrolliert vermehren. Deshalb reichten sie gestern eine entsprechende Petition in Bern ein.

Foto: PD

Obligatorische Kastration von Katzen

EGG Die Esslinger Tierschutzorganisation Netap und die Stiftung für das Tier im Recht streben an, dass sich Katzen nicht mehr unkontrolliert vermehren. Gestern Dienstag haben sie der Bundeskanzlei in Bern eine Petition überreicht.

Über 115'000 Personen und 151 Organisationen unterstützen die Petition für eine Kastrations-

pflicht von Freigängerkatzen. Damit haben das in Esslingen ansässige Network for Animal Protection (Netap) und die Stiftung für das Tier im Recht ihr Ziel erreicht und gestern Dienstag die Unterschriften der Bundeskanzlei in Bern überreicht. Gestartet wurde die Petition im Frühjahr 2016.

«Wir möchten dem Gesetzgeber mit möglichst vielen Unterschriften zeigen, wie viel Unter-

stützung unser Anliegen in der Bevölkerung hat», erklärt Netap-Präsidentin Esther Geisser. Für eine Volksinitiative würden die finanziellen Mittel fehlen.

Tierleid eindämmen

Sie hofft nun, dass sich der Bundesrat und das Parlament mit dem Thema gleichwohl auseinandersetzen, um die übermässige Vermehrung von Katzen einzudämmen und so das Leid

der Tiere in der Schweiz zu vermindern.

«In der Schweiz leben zwischen 100'000 und 300'000 herrenlose Katzen. Entgegen einer weit verbreiteten Annahme besteht auch hierzulande ein Streunerproblem», sagt Esther Geisser weiter. Dies sei mit viel Tierleid, wie etwa Krankheiten, Nahrungsknappheit und qualvollen Tötungen, verbunden.

Jennifer Furer